

René Hasler rückt für Nadine Gstöhl nach

Das Landtagspräsidium entscheidet, dass Stellvertreter ihr Mandat nach einem Parteiaustritt nicht behalten können.

Elias Quaderer

Welche Stellung haben stellvertretende Abgeordnete, die aus der Partei austreten? Mit dieser Frage wurde die Landespolitik erstmals konfrontiert, nach-dem Nadine Gstöhl am Freitag ihren Austritt aus der Freien Liste bekannt gab. Gstöhl selbst vertrat die Ansicht, dass sie ihr Mandat als Stellvertreterin behalten dürfe. Die Fraktion der Freien Liste schien daran auch keine Zweifel zu haben: Am Montag wurde Gstöhl als Stellvertreterin für Georg Kaufmann in der Landtagssitzung vom kommenden Freitag angemeldet. Das Landtagspräsidium widerspricht dieser Einschätzung. Es entschied, dass Nadine Gstöhl ihr Mandat abgeben muss. In einer Pressemitteilung führt das Präsidium aus, dass «eine Weiterführung der Funktion als Stellvertreterin nicht von den relevanten Bestimmungen der Verfassung gedeckt wäre und deshalb diese nicht mehr ausgebaut werden kann.»

Der Fall von Nadine Gstöhl ist aus Sicht des Landtagspräsidiums nicht mit früheren



Eine Folge der Freie-Liste-Austrittswelle: René Hasler erhält ein Mandat, aber diese Woche wird er noch nicht im Landtag sitzen. Bild: Daniel Schwendener

Fällen von Parteiaustritten zu vergleichen sei. Denn bisher handelte es sich stets um ordentliche Abgeordnete, die Parteien den Rücken kehrten. In diesen Fällen kann der Abge-

ordnete nach dem Parteiaustritt sein Mandat als parteiloses Mitglied weiterführen. Dagegen sei aber die verfassungsrechtliche Stellung eines stellvertretenden Mitglieds von ei-

nem ordentlichen Mitglied zu unterscheiden. Dem Stellvertreter komme kein «eigenes», sondern nur ein abgeleitetes Mandat zu. Folglich könne ein parteifreies stellvertretendes

Mitglied des Landtags nicht ordentliche Mitglieder seiner ehemaligen Partei vertreten.

Freie Liste sprach noch nicht mit Hasler

Durch das Ausscheiden Nadine Gstöhl kommt der Freien Liste gemäss Nachrücksystem das Recht zu, ein neues stellvertretendes Mitglied für den Wahlkreis Oberland zu bestellen. Es rückt diejenige Person nach, die auf der Wahlliste unter den nicht gewählten Kandidaten am meisten Stimmen erhalten hat. Die zwei Kandidaten auf der FL-Wahlliste, die nach Nadine Gstöhl am meisten Stimmen erhielten, sind Thomas Lageder und Moritz Rheinberger. Beide haben aber ebenfalls der Freien Liste den Rücken gekehrt. Damit wird wohl René Hasler nachrücken. Er demissionierte zwar im Juli aus dem Interimsvorstand, ist aber immer noch Mitglied der Partei. Auf Anfrage erklärte Hasler, dass er noch nicht in Kontakt mit der Landtagsfraktion oder dem Parteivorstand trat – er habe vom Entscheid des Landtagspräsidiums erst aus der Presse erfahren. Er sei jedoch

bereits im Vorfeld darauf vorbereitet worden, dass es so weit kommen könnte. Und für ihn ist klar: «Ja, ich werde das Mandat übernehmen. Und wenn sie bereits am Freitag einen Stellvertreter benötigen, werde ich am Freitag im Landtag sein.»

René Hasler kommt diese Woche nicht zum Einsatz

Allerdings: Hasler müsste zunächst als Stellvertreter vereidigt werden. Ist dies überhaupt innerhalb von zwei Tagen möglich? «Wenn das Landtagspräsidium diesen Beschluss fasst, muss es auch so flexibel sein, um die Vereidigung spontan über die Bühne zu bringen», meint Hasler. «Andernfalls gehe ich halt am Freitag wieder nach Hause.» FL-Fraktions-sprecher Patrick Risch erklärt hingegen: «René Hasler muss zuerst vereidigt werden. Dies ist laut unseren Informationen bis Freitag nicht vorgesehen.» Landtagspräsident Albert Frick bestätigt, dass Hasler erst im Oktober vereidigt wird. Somit wird der neue Stellvertreter am Freitag doch zu Hause bleiben und der Sitz von Georg Kaufmann unbesetzt sein.

«Bei der 3G-Regel geht es nicht um eine Zweiklassengesellschaft»

Im Zentrum des Corona-Traktandums im Landtag standen das Ende der Gratistests, die 3G-Regel und die Schliessung des Impfzentrums.

Das Traktandum heisst «Information der Regierung zur aktuellen Situation bezüglich Coronapandemie» – und es hat sich mittlerweile zum festen Bestandteil der Landtagssitzungen etabliert. Auch gestern nutzten die Abgeordneten die Gelegenheit, der Regierung Fragen zu stellen und Unklarheiten auszuräumen.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Fragen und Antworten:

Wie viel haben die Covid-Tests das Land bis jetzt gekostet?

Mehr als ursprünglich gedacht. Das Kostendach für die PCR-Tests in der Marktplatzgarage und die Antigentests bei Ärzten und Apotheken musste bereits mehrfach erhöht werden. Budgetiert gewesen waren anfangs 2 Millionen Franken. Daraus sind mittlerweile rund 3,5 Millionen Franken geworden. Der Staat übernimmt die Kosten für Covid-Tests seit Ende März. Ab 1. Oktober wird diese Phase nun definitiv beendet.

Wie teuer ist das Impfprogramm?

Für die Impfungen wurde ein Kostendach von 3,5 Millionen Franken gesprochen. «Die Übernahme der Testkosten kommt uns also gleich teuer zu stehen wie das gesamte Impfprogramm», betonte Gesundheitsminister Manuel Frick. Eine vollständige Impfung kostet pro Person zwischen 40 und 50 Franken.

Warum bleiben die Covid-Tests nicht gratis?

Es sei nicht mehr zu rechtfertigen, dass der Staat – und damit auch der Steuerzahler – für die Testkosten aufkommen muss. «Vor allem nicht für Tests, die für die Ferien oder den Einkauf im Ausland benötigt werden.»

Muss ich jetzt also jeden Test selbst zahlen?

Nein. Das Ende der Gratistests betrifft nur symptomlose Personen, die den Test beispielsweise für den Besuch einer Veranstaltung brauchen. Bei Personen mit Krankheitssymptomen erfolgt die Abrechnung wieder über die Krankenkasse.

Was, wenn jemand Symptome vortäuscht, um nichts für den Test zahlen zu müssen?

Dass das Ende der Gratistests ein Anreiz für das Vortäuschen von Symptomen sein könnte, ist dem Gesundheitsminister bewusst. Er wies gestern aber darauf hin, dass sich symptomatische Personen vor dem Test und bis zum Erhalt des Resultats isolieren müssen. «Das sollte dem Vortäuschen entgegenwirken», so Frick.

Sollten Personen mit Symptomen überhaupt ein Covid-Zertifikat erhalten?

Die Idee, dass Personen mit Krankheitssymptomen kein



Gesundheitsminister Manuel Frick (r.) hatte erneut viele Fragen zu beantworten. Bild: D. Schwendener

Covid-Zertifikat bekommen sollen, wurde in der Schweiz schon diskutiert. Der Ansatz soll dem Erschleichen eines Gratistests vorbeugen. Doch das sei technisch nicht so einfach, erklärte Frick. Gemäss den Vorgaben der Europäischen Union hat jeder, der einen PCR- oder Antigentest macht, ein Anrecht auf ein Zertifikat.

Warum gibt es erst wieder am 13. September einen Spontan-Impftag?

Der Erfolg der Impftermine ohne Anmeldung haben auch den Gesundheitsminister über-

rascht. Auf die Frage, warum man nicht sofort weiter auf dieser Welle reite, sagte er: «Das Datum ist nicht der Weisheit letzter Schluss.» Man bereite weitere spontane Impftage und -abende vor.

Warum wird das Impfzentrum geschlossen?

Das Impfzentrum auf dem Spoerry-Areal in Vaduz hat am 24. September zum letzten Mal geöffnet. Danach ist Schluss – «weil die Nachfrage nicht mehr da ist», wie Frick begründete. Dann noch eine solche Infrastruktur zu bezahlen, wäre nicht mehr sinnvoll gewesen.

Also will die Regierung die Impfkampagne nicht mehr vorantreiben?

Im Gegenteil. Die Möglichkeiten zur Impfung werden neu in verschiedene Arztpraxen, verstreut übers ganze Land, verlagert. «Jetzt gibt es sieben Standorte, wo man sich impfen lassen kann», so der Gesundheitsminister.

Was ist mit Impfungen in Firmen?

Betriebsimpfungen gehören zu den nächsten Schritten, die anstehen. Konkret bekannt ist noch nichts, nur so viel: Auch

die Betriebsimpfungen werden mit einer Kampagne begleitet.

Wird es 2022 eine dritte Impfung brauchen?

Diese Frage ist noch nicht abschliessend geklärt. Wenn eine sogenannte Booster-Impfung aber notwendig wäre, könnte sich der Gesundheitsminister vorstellen, diese dezentral in den Gemeinden anzubieten.

Würde eine Ausweitung der 3G-Regel in einer Zweiklassengesellschaft resultieren?

Die Ausweitung der Zertifikatspflicht ist eine Option, um auf eine Verschlechterung der epidemiologischen Lage zu reagieren. Der Bundesrat hat sich gestern dagegen ausgesprochen. Liechtenstein folgt in dieser Frage dem Kurs der Schweiz. «Es geht bei 3G aber nicht um eine Zweiklassengesellschaft», sagte Gesundheitsminister Frick, «sondern darum, die Bevölkerung zu schützen sowie erneute Betriebsschliessungen und Veranstaltungsverbote zu vermeiden.»

Warum sollten sich gesunde Menschen bzw. Kinder und Jugendliche impfen lassen?

Auch gesunde und junge Menschen sind nicht vor einem schweren Verlauf gefeit. Der Altersschnitt der derzeit Hospitalisierten liegt bei 54 Jahren.

Valeska Blank